

WALTER HIRCHE

Energiemix der Zukunft

Energiepolitik ist längst integraler Bestandteil internationaler, ja globaler Politik. Unsere Energieversorgung hier in Deutschland ist eingebunden in die globalen Rohstoffmärkte, den internationalen rechtlichen Rahmen und den europäischen Binnenmarkt. Nationale Energiepolitik ist zu wesentlichen Teilen zugleich Außen-, Wirtschafts- und Umweltpolitik. Und sie ist Standortpolitik!

Nach meiner Überzeugung kann es nicht *Aufgabe des Staates* sein, heute zu entscheiden, welche Energieträger in Zukunft unsere Energieversorgung sichern sollen. Der Staat hat keine exklusive Technologiekompetenz. Wichtig ist, dass der Staat seine ureigene ordnungspolitische Aufgabe wirklich wahrnimmt.

Für mich beginnt eine vorausschauende Energiepolitik bei der *wettbewerblichen Struktur der Energiewirtschaft*.

Der Markt ist der effizienteste und produktivste Mechanismus zur Gewinnung und Verteilung von Ressourcen. Das ist historisch wie aktuell beweisbar. Aufgabe der Energiepolitik ist es, konsequent auf die *Kräfte des Wettbewerbs* im Rahmen funktionierender Märkte zu setzen. Aus diesem Grund ist eine Verstärkung der Kontrollmöglichkeiten der Bundesnetzagentur wie des Bundeskartellamtes notwendig.

Die Diskussionen über Eigentumsentflechtungen halte ich für eher populistisch – im Konkreten lösen sie kein Problem. Die verfassungsrechtlichen Streitigkeiten würden mindestens fünf Jahre dauern.

Die *Politik muss Rahmenbedingungen setzen*, die Planungssicherheit bieten und Wettbewerb ermöglichen. Sie muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Energie – langfristig planbar (Versorgungssicherheit), – zu wettbewerbsfähigen Preisen (Wirtschaftlichkeit) sowie – umweltschonend und sicher (Umweltverträglichkeit) zur Verfügung steht. Entscheidend ist, dass alle diese Ziele als gleichrangig betrachtet und ausgewogen verfolgt werden.

(1) *Versorgungssicherheit* mit preisgünstiger Energie *hat für den Industriestandort Deutschland* – an dem allein die energieintensiven Industrien über 600.000 Menschen beschäftigen – mit seinen zigtausenden kleinen und mittleren Betrieben eine *entscheidende Bedeutung*. Die bis heute jederzeit zuverlässige Versorgung mit Energie in gut ausgebauten Netzen ist noch immer ein *Standortvorteil* für die deutschen Unternehmen und selbstverständlich auch ein Beitrag zu unserer *Lebensqualität*.

Die Sicherheit der Energieversorgung ist auch eine Frage der *Preissituation* auf den Energiemärkten. Hier spielt der deutsche Staat eine unrühmliche Rolle als Preistreiber

jenseits der Risiken, die sich im Zusammenhang mit der Verfügbarkeit der Energieträger ohnehin international ergeben. Hier ist Deutschland mit seinem extrem großen *Importbedarf im Bereich der fossilen Energieträger* sehr anfällig! Der Lieferstopp, den Lukoil in diesen Tagen gegenüber Deutschland angedroht hat, ist ein Menetekel, auch wenn dadurch anscheinend keine unmittelbaren Engpässe drohen. Immerhin erinnert das ja an den Machtpoker von Gazprom.

Die *Wandlung der Weltenergiemärkte von Nachfrage- zu Angebotsmärkten* ist von großer Bedeutung für die Energieversorgungssicherheit in Deutschland, allein vor dem Hintergrund, dass in Deutschland der Preis von rund 60 % des Primärenergieverbrauchs direkt durch den internationalen Ölpreis beeinflusst wird. Diese Situation bietet andererseits Anreize für die Steigerung der Energieeffizienz, weitergehende Energieeinsparung und für die Stärkung erneuerbarer Energien. Die Kosten dafür müssen aber volkswirtschaftlich und sozial verkraftet werden.

Deshalb ist es m. E. wichtig, einen *breit gefächerten Energiemix* zu nutzen, der sowohl hinsichtlich der genutzten Energieträger als auch der Importquellen fossiler Rohstoffe möglichst *diversifiziert* sein sollte.

Die Versorgungssicherheit lässt sich am besten durch eine *marktwirtschaftliche Gesamtstrategie* erreichen. Alle inländisch verfügbaren Energieressourcen müssen diskriminierungsfrei und wirtschaftlich nutzbar bleiben. Wir brauchen eine *Integrationsstrategie*, bei der alle Energieoptionen, d. h. alle verfügbaren Energieträger und Energieformen, miteinander kombiniert werden können.

Ich halte es für eine Sackgasse, verschiedene Energieträger gegeneinander auszuspielen. Angesichts des stark wachsenden Weltenergiebedarfs werden kurz- und mittelfristig immer mehr Versorgungsbeiträge von sämtlichen Energiearten benötigt. Der langfristige Umbau der kohlenstoffbasierten Energiewirtschaft in eine wasserstoffbasierte („H“ statt „C“) muss volkswirtschaftlich rational umgesetzt werden. Das heißt, die Weltklimaprobleme können nicht durch Ablehnung von Kernenergie im Schrebergarten Deutschland gelöst werden.

Vielmehr sind wir noch Jahrzehnte auf einen ausgewogenen Energiemix aus *fossilen Energien, Kernenergie und regenerativen Energien* angewiesen. Im Übrigen erinnert mancher Zungenschlag in Deutschland mehr an Kaiser Wilhelm II. („Am deutschen Wesen soll die Welt genesen.“) als an globale Verantwortung im 21. Jahrhundert.

Große Sorgen bereiten mir ideologisch motivierte *Forderungen nach einem Doppelausstieg* aus der Kernkraft und der Kohleverstromung. Solche Forderungen gehen völlig an den Realitäten vorbei! Auch die internationale Verpflichtung Deutschlands auf ehrgeizige Ziele beim Ausbau der erneuerbaren Energien bedeutet, dass wir immer noch 70 % des Stroms aus Kernkraft oder fossilen Ressourcen erzeugen müssten. Weder der verstärkte Import von Atom- und Kohlestrom aus Nachbarländern noch eine noch höhere Abhängigkeit von Gaslieferungen aus Russland können eine ernsthafte Alternative sein.

Der Ausstieg aus der *Kernenergieerzeugung* am Standort Deutschland widerspricht den energiepolitischen Zielen der Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Ich plädiere weiter dafür, dass die bestehenden Kernkraftwerke so

lange betrieben werden, wie ihr Betrieb den Sicherheitskriterien entspricht, also genehmigungsfähig ist. Auch der Neubau von Kernkraftwerken in Deutschland wird ein notwendiges politisches Thema wie bei unseren europäischen Nachbarn werden. Für mich als Niedersachse ist dabei ganz selbstverständlich, dass die Fragen der Entsorgung bzw. Endlagerung radioaktiver Abfälle gelöst werden müssen. Mittelfristig ist ein Atomausstieg ohne negative Klimafolgen nicht möglich. Wir sollten modernste, intelligente und sichere Kerntechnik nicht anderen Industrieländern überlassen, sondern dabei sein, wenn Forschung, Wissenschaft, Sicherheitstechnologie und Umweltstandards in die Welt exportiert werden. Was nutzt ein Ausstieg, wenn wir dadurch die Kosten im Inland treiben und weltweit Sicherheitseinbußen in Kauf nehmen? Das ist keine „win-win“-Situation. Das ist ein Verlierer-Spiel. Eine Vereinbarung über längere Laufzeiten sollte beinhalten, die dadurch erzielten Gewinne der Energieerzeuger in die Energieforschung zu investieren bzw. teilweise an die Verbraucher weiterzugeben.

Kohle wird mittelfristig weiterhin eine große Rolle im Weltmaßstab spielen. China und Indien lassen grüßen. Aus Klimagründen brauchen wir bei der Kohle dringend die Entwicklung innovativer Kraftwerkstechnologien, um mittels höherer Prozesstemperaturen bessere Wirkungsgrade zu erreichen. Wenn wir es in Deutschland schaffen, neue Kohlekraftwerke mit einem Wirkungsgrad von über 50 % zu vertretbaren Preisen zu bauen und zu exportieren, hilft das dem Weltklima mehr als provinzielle Ausstiegsszenarien. Die Entwicklung effizienterer Kraftwerke ist auch Grundvoraussetzung, um die Entwicklung der so genannten CCS (Carbon Capture and Storage)-Technologie voranzutreiben, denn die Abscheidung von CO₂ benötigt sehr viel Energie. Die Kohleverstromung mit CO₂-Abscheidung kann eine zentrale Zukunftstechnologie werden. Allerdings ist diese Technologie zurzeit auch noch die mit Abstand teuerste Variante der CO₂-Vermeidung.

Im zukünftigen Energiemix spielt der *Ausbau der erneuerbaren Energien* eine immer größere Rolle. Erneuerbare Energien sind nicht nur allein im Interesse des Klimaschutzes unverzichtbar, ihr verstärkter Einsatz vermindert auch die Importabhängigkeit aus instabilen Regionen. Deshalb muss der Anteil der erneuerbaren Energien stetig und konsequent weiter gesteigert werden. Die Erneuerbaren brauchen in Zukunft allerdings einen noch deutlicheren Schub in Richtung Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit. Sie müssen dort ausgebaut werden, wo die Anlagen im Sinne einer CO₂-Vermeidung am effizientesten sind. Alles andere ist ökologisch und volkswirtschaftlich nicht sinnvoll!

Ich darf mit einigem Stolz auf die *Vorreiterrolle Niedersachsens* im Bereich der erneuerbaren Energien verweisen: In der taufischen *Koalitionsvereinbarung* zwischen CDU und FDP für die neue Legislaturperiode bis 2013 haben wir uns auf eine *Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien* am Energiemix landesweit auf 25 % bis 2020 verständigt. Übrigens stammt das erste Programm zur Förderung alternativer Energiequellen in Deutschland von Ende 1986 aus Niedersachsen, aus meiner 1. Amtszeit als Niedersächsischer Wirtschaftsminister. Niedersachsen ist längst das *Windenergieland Nr. 1*: Mit über 5.600 MW Windkraftleistung steht Niedersachsen mit großem Abstand

an der Spitze der Bundesländer. Über 40 % aller Windkraftanlagen in Deutschland werden in Niedersachsen hergestellt. Der deutsche Marktführer Enercon ist in Aurich angesiedelt. Ca. 5000 direkte und mehrere tausend indirekte Arbeitsplätze hängen in unserem Land von der Entwicklung der Windenergie ab.

Für die weitere Entwicklung der erneuerbaren Energien liegen die größten Wachstumspotentiale im Bereich der *Offshore-Windkraftnutzung*. Hier besteht die Chance, Beiträge zur Grundlastversorgung zu erzeugen. In den Seehäfen Emden und Cuxhaven schaffen wir einzigartige Standortbedingungen für die Ansiedlung von Unternehmen, die Komponenten von Offshore-Windenergieanlagen herstellen und die Anlagen montieren. Damit ist es uns bereits gelungen, die BARD-Gruppe mit großen Produktionsstätten in Emden, Cuxhaven und Leer anzusiedeln. Diese Ansiedlungserfolge tragen zum Ausbau regenerativer Energien bei, treiben technologische Innovationen voran und schaffen gleichzeitig Wachstum und Beschäftigung. Ich bin sicher, dass weitere Ansiedlungen in Kürze folgen werden.

Auch bei der Nutzung der *Bioenergie* ist Niedersachsen Spitze. Seit Novellierung des EEG im Jahr 2004 sind in Niedersachsen rund 300 neue Biogasanlagen mit einem Investitionsvolumen von geschätzten 600 Millionen Euro in Betrieb gegangen. Mit 38 % der in Deutschland im Biogasbereich installierten elektrischen Leistung hat Niedersachsen beim Biogas die Spitzenposition in Deutschland und Europa inne. Die Aufbereitung des erzeugten Biogases auf Erdgasqualität eröffnet der Biogasnutzung kurzfristig weitere Perspektiven und eine effizientere Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe. Bei den *Biokraftstoffen* rate ich zu Augenmaß. Überhöhte Beimischungsvorschriften sind Gift für die Motoren und damit letztlich auch für die Umwelt. Im Übrigen empfehle ich eine umfassende Ökobilanz, die auch den Wasserverbrauch und die Folgen für den Nahrungsmittelmarkt umfasst, und zwar unter Abwägung weltweiter Auswirkungen.

Die *Energieaußenpolitik* gewinnt immer mehr Bedeutung. Die *Energieimporte*, die in Deutschland laut EU-Kommission bis 2020 auf 75 % steigen werden, sollten aus unterschiedlichsten Herkunftsregionen und Bezugsquellen stammen, um das Lieferisiko zu minimieren. Auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene müssen wir eine enge *Verzahnung von Außen- und Energiepolitik* anstreben, um die Konfliktpotenziale der Ressourcenkonkurrenz vorausschauend zu entschärfen. Einseitige Abhängigkeiten sind zu vermeiden. Multilaterale und bilaterale Partnerschaften, z. B. unter Zulassung wechselseitiger Investitionen, sind ein Weg dazu. Am Beispiel *Russland* will ich deutlich machen: Russland ist und bleibt der wohl wichtigste Schlüsselfaktor unserer Energieversorgung, vor allem im Gasbereich. Trotz aller russischen Drohgebärden gibt es längst gegenseitige Abhängigkeiten zwischen Russland und Deutschland, eher noch zwischen Russland und der EU. Es ist deshalb m. E. alternativlos, eine stärkere Verflechtung *von deutscher Hochtechnologie und russischem Energiereichtum* zu realisieren. Man sollte das tun, solange unsere Energieunternehmen stark sind.

(2) Der *Wirtschaftlichkeit* der Energieerzeugung kommt im 21. Jahrhundert entscheidende Bedeutung zu, da der internationale Wettbewerb zwischen den Standorten

zunimmt. Standortnachteile aus einer ineffizienten und zu kostenträchtigen Energieerzeugung lassen sich nur schwer in anderen Bereichen ausgleichen. Eine falsche Energiepolitik hat sofort negative soziale Folgen.

Die *staatlichen Zusatzkosten* – Steuern, Abgaben, Überwälzungskosten aus dem EEG – auf den Energiepreisen in Höhe von derzeit jährlich schon über 800 € pro Kopf der deutschen Bevölkerung *müssen konsequent zurückgeführt werden*. Staatlich verursachte Energiepreisaufschläge, die heute schon mehr als 40 % des Verbraucherpreises bei Strom ausmachen, müssen reduziert werden. Mit dem Ruf „Haltet den Dieb“ glauben viele deutsche Politiker, sich jedes Mal, wenn der Barrel-Preis fürs Öl steigt, profilieren zu können. Sie verschweigen, dass die Bundesregierung erhebliche zusätzliche Steuern als Windfall-Profits kassiert.

„Wieso verdient der deutsche Staat an unserem Öl mehr als wir selbst?“, fragte mich 1997 der saudi-arabische Finanzminister.

Im Interesse von Bürgern und Betrieben müssen wir bei der Besteuerung von Energie zum europäischen Durchschnitt zurückkehren.

Generell sollte gelten: Alle wettbewerbsfähigen Energieträger müssen in einem funktionierenden Markt steuerlich gleich behandelt und eine europäische Angleichung angestrebt werden. Ziel muss sein, Förderungen einzelner Energieträger auf die Markteinführung zu beschränken, zeitlich zu befristen, marktkonform zu strukturieren und degressiv auszugestalten.

Deshalb wiederhole ich meinen Hinweis auf die notwendige und zurzeit unbefriedigende *Regulierung der Netzmonopole*. Die Regulierungsbehörde muss die tatsächliche Macht haben, den diskriminierungsfreien Netzzugang auf den Strom- und Gasmärkten zu gewährleisten als Voraussetzung für einen funktionierenden Wettbewerb. Deshalb müssen Kontroll- und Eingriffsrechte von Bundesnetzagentur und Kartellbehörden entsprechend verstärkt werden. Die Vorschläge des Kollegen *Rhiel* sind dabei nur ultima ratio. Wichtig sind aber zusätzliche Eingriffsregeln jetzt statt fruchtloser Grundsatzdebatten über Entflechtung, die bis zum St. Nimmerleinstag gehen. Ich erwarte, dass die Effizienz der Netzbetreiber nunmehr auch wirklich auf dem Weg der Anreizregulierung gesteigert wird.

Der zunehmend effizienten Nutzung vorhandener Energie kommt in allen Sektoren – Industrie, Gebäude, Verkehr – entscheidende Bedeutung zu. *Energieeinsparungs- und Effizienzsteigerungsmaßnahmen* werden durch die weltweit steigenden Energiepreise begünstigt. Die *Anreizstrukturen dafür müssen wir optimieren*. Durch verhaltensbedingte Maßnahmen kann der Energieverbrauch zudem ohne zusätzliche Kosten reduziert werden. Deshalb sind *Aufklärung und Transparenz* wichtig, um energetische Effizienz, insbesondere von Gebäuden und Fahrzeugen, zu steigern.

(3) Die Erzeugung von Energie muss den Kriterien der *Umweltverträglichkeit* gerecht werden, d. h. sie muss die natürlichen Lebensgrundlagen in allen Bereichen schonen. Die Ausrichtung an ökologischen Schutzziele ist ein Baustein der Energiepolitik, gleichrangig zu beiden anderen energiepolitischen Zielen, alle drei eingebettet in eine Gesamtstrategie marktwirtschaftlicher Orientierung.

Hierzu ist es erforderlich, die *Wechselwirkungen zwischen Energie- und Umweltpolitik* genau zu beachten und insbesondere die gesetzten ordnungspolitischen Rahmenbedingungen sowie die zum Einsatz gebrachten Einzelinstrumente noch besser aufeinander abzustimmen.

Angesichts des weltweiten Wettbewerbs muss z. B. das Planungsrecht in Deutschland zeitlich zügigere Entscheidungen ermöglichen. Das gilt nicht nur für neue oder erweiterte Standorte für Großkraftwerke, sondern auch für den Aus- und Neubau des Stromnetzes. Zehn Jahre für Genehmigungsverfahren sind inakzeptabel. Hier steht der Umweltschutz sich selbst im Wege, wenn z. B. die Trassenplanung für die Offshore-Windenergie behindert wird oder das Repowering an nicht mehr zeitgemäßen Anforderungen an Höhenbegrenzungen und Abstandsbegrenzungen oder an Verzögerungen beim Netzausbau zu scheitern droht.

Auch effizienter *Klimaschutz* ist auf einen marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen angewiesen, der globales und sektorübergreifendes Handeln möglich macht. Dort wo CO₂-Emissionen zu geringsten Preisen gesenkt werden können, muss vorrangig gehandelt werden. Weil es beim Treibhauseffekt um das Weltklima geht, sind China, Indien und die USA noch wichtiger als Deutschland. In China und Indien kann man mit der Hälfte des Geldes das Doppelte erreichen. Ziel muss ein globaler Kohlenstoffmarkt sein. Wer Kohlenstoff in den Verkehr bringt, muss Emissionsrechte nachweisen. Dann werden Emissionsreduktionen so kostengünstig wie möglich erreicht. Für den Klimaschutz ist es gleich, wo Treibhausgase eingespart werden. Aber die Kosten der jeweiligen Maßnahmen müssen beachtet werden.

Der Informationsdienst des wissenschaftlichen Instituts der Deutschen Wirtschaft (iwd), hat in seiner gestrigen Ausgabe vom 21. 02. 2008 unter dem Titel „Warum billig, wenn’s auch teuer geht?“ illustrativ auf das Problem hingewiesen.

Als Weg dorthin müssen der europäische und internationale *Emissionshandel* weiterentwickelt werden. Der Emissionshandel ist *das* Instrument, das dem Anspruch an einen effizienten Klimaschutz mit marktorientierten Mitteln am besten gerecht wird.

Ich plädiere dafür, dass der Verkehr und der Wärmesektor mittelfristig in den Emissionshandel einbezogen werden. Die Konferenz der Verkehrsminister der Bundesländer hat im Oktober 2007 ausdrücklich die Integration des Flugverkehrs in das europäische Emissionshandelssystem als wichtigen Schritt begrüßt, die Treibhausgasemissionen des Luftverkehrs mittel- und langfristig zu begrenzen. Mit Blick auf die Wettbewerbsneutralität ist dabei eine internationale Ausdehnung anzustreben. Damit erübrigen sich die ohnehin nicht zielführenden moralischen Debatten über Urlaubsflüge oder aktionistische staatsorientierte Vorschläge wie eine Ticketabgabe.

Die *internationale Ausrichtung der Klimapolitik* muss konsequent von allen Staaten besritten werden. Deutschland ist ein wichtiger Partner einer internationalen Klimaschutzstrategie. Diese erfordert weitere gemeinsame Schritte.

Langfristiges Ziel muss die *Etablierung funktionierender internationaler Anreizsysteme* sein, die weltweite Effekte zur Folge haben.

Lassen Sie mich abschließend darlegen, welche Möglichkeiten die *Landespolitik* hat, zur Lösung der Energieprobleme beizutragen.

Niedersachsen hat ein sehr großes Potenzial entlang der gesamten *Wertschöpfungskette Energie* zu bieten. Die Glieder dieser Kette reichen von der Gewinnung über die Erzeugung und den Transport bis hin zur Speicherung. Die Aufgabe der nächsten Jahre wird darin bestehen, nicht nur jedes einzelne Glied der Kette weiterzuentwickeln, sondern auch dafür zu sorgen, dass die Glieder besser ineinander greifen und sich die Kette schließt. Mit dem Wunsch, dass bei den Energietechnologien *neue Verbindungen und Formen der Zusammenarbeit* entstehen, meine ich eine stärkere Vernetzung von Grundlagenforschung und angewandter Forschung unter Einbeziehung von Energieunternehmen und Beratungseinrichtungen. Wir müssen es schaffen, die Unternehmen noch enger an unsere Forschungseinrichtungen zu binden, damit technologische Entwicklungen von Anfang an optimal unterstützt werden können.

Niedersachsen ist das Energieland in Deutschland. Kein anderes Bundesland ist so reich an werthaltigen Energierohstoffen. Die hiesige *Erdölgewinnung* hat eine Tradition von mehr als 150 Jahren und die *Erdgasförderung* schreibt inzwischen auch schon seit gut 50 Jahren Energiegeschichte. Niedersachsen liefert ca. 16 % des deutschen Gasverbrauchs. In keinem anderen Bundesland ist die dazugehörige Technologie so weit vorangeschritten.

Zum vielfältigen Energiemix gehört für mich letztendlich auch die konsequente *Anwendung neuer Energietechnologien*. Auf diesem Gebiet liegt eine der besonderen Stärken Niedersachsens, die wir noch weiter ausbauen wollen. Ein außergewöhnlich großes Interesse haben kürzlich unsere Ersten Niedersächsischen Energietage und der Parlamentarische Abend zum Thema „Energie aus dem Meer“ hervorgerufen. Im Rahmen dieser Veranstaltungen haben wir in Zusammenarbeit mit Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung verschiedene innovative energietechnologische Projekte präsentiert und diskutiert. Ich denke dabei insbesondere an solche Themenfelder wie die Nutzung geothermischer Energie aus dem tiefen Untergrund, CO₂-Sequestrierung, Energiespeicherung und Endlagerforschung aber auch an innovative Kraftwerkstechnologien, mit denen z. B. die Bewegungsenergie des Meeres für die Stromerzeugung nutzbar gemacht werden können.

Apropos Kraftwerke: Zurzeit werden in Niedersachsen sage und schreibe *13 Kraftwerkprojekte* an der Küste bzw. an den Unterläufen unserer Flüsse geplant. Auch wenn nicht alle davon realisiert werden, stellt uns jedes Projekt vor große Probleme, denn die Realisierungschancen müssen in jedem Einzelfall geprüft werden, denken Sie allein an Fragen des CO₂-Ausstoßes und andere Umweltfragen. Wir legen großen Wert darauf, dass hohe Wirkungsgrade erreicht werden. Erste innovative Projekte – wie zum Beispiel ein adiabates Druckluftspeicher-Kraftwerk von EnBW – gehen schon in die konkrete Planungsphase.

Gerade im Zusammenhang mit dezentraler und diskontinuierlicher Stromerzeugung wie z. B. bei der Onshore-Windkraft ist unsere Kompetenz bei der *Energiespeicherung* wichtig. Zur Erforschung und Nutzung von Energiespeichermedien können unsere niedersächsischen Forschungseinrichtungen, etwa das Geozentrum Hannover und die hier ansässigen Spezialunternehmen erhebliche Fachkompetenz beisteuern. Wir haben in Niedersachsen bereits mehrere große Speicherstandorte für Erdgas.

Sechs weitere Projekte, mit denen die Kapazität um mehr als 100 Speicher aufgestockt werden soll, sind in Planung. Damit schaffen wir in den nächsten 10 Jahren – zusätzlich zu den bereits gespeicherten rund 10 Milliarden m³ Arbeitsgas – Kapazitäten für weitere 7 Milliarden m³. Darüber hinaus könnte sich Niedersachsen auch als Standort so genannter Druckluftspeicherkraftwerke anbieten, weil es in unserem Untergrund zahlreiche Salzformationen gibt, die sich für den Bau von Kavernen eignen. Zukünftig könnten solche Kavernen als Speicherstrukturen genutzt werden, damit eine regenerative Energie wie Onshore-Windkraft grundlastfähig gemacht werden kann.

Trotz aller energietechnologischer Erfolge: Als Antwort auf den Klimawandel müssen wir unsere *Anstrengungen in der Energieforschung und -entwicklung noch weiter verstärken*. Hier muss der Staat gestalten und Fördermittel bereitstellen. Leitmotiv für die Förderung müssen Projekte sein, die unter dem Gesichtspunkt Klimaschutz und Ressourcenschonung die größten Beiträge erbringen. Dies betrifft z. B. fossile Energiewandlungstechnologien sowie die Abscheidung und Speicherung von CO₂, die wirtschaftlich und technisch gelingen muss. Deutschland hat hier ausgezeichnete Ausgangschancen: Weltweit stammen die meisten Erfindungen in der Energie- und Umweltschutztechnik aus unserem Land. Aber es geht auch um eine Neubelebung der Forschung in den Bereichen Wasserstofftechnik, Kernfusion und Transmutation sowie um Grundlagenforschung auf den noch rätselhaften Feldern der dunklen Energie und der dunklen Materie.

Der *Energiemix der Zukunft ist eine komplexe Angelegenheit*. Die langfristige Sicherheit von Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit steht auf dem Spiel. Einfache Lösungen vom grünen Tisch wird es nicht geben. Der Politik muss es wieder gelingen, das *Eigeninteresse der Unternehmen und Verbraucher* an einer zukunftsfähigen Energieversorgung zu wecken. Ziel muss es sein, einen verlässlichen Rahmen für eine internationalisierte Energiewirtschaft zu gestalten, in der jeder seine Verantwortung übernimmt: Wirtschaft, Verbraucher und auch der Staat. Deutschland muss dazu bereit sein, mindestens die Zeit bis 2050 zu betrachten und eine Strategie zu entwickeln, die globale Interessen einbezieht. Dazu ist mehr Aufgeschlossenheit für internationale Entwicklungen nötig statt Beharren auf einem deutschen Sonderweg.